

Kein Sparstift bei sozialer Absicherung für Menschen mit Behinderungen!

Sozialhilfe und Unterhalt reformieren, damit Armut wirksam bekämpft werden kann

DSA Mag.a Gerlinde Heim, MA, Geschäftsführerin VertretungsNetz

VertretungsNetz setzt sich als Erwachsenenschutzverein für die Grundrechte von Menschen mit psychischen oder intellektuellen Beeinträchtigungen ein. Viele Punkte aus dem Regierungsprogramm sind für die von uns vertretenen Menschen sehr wichtig – etwa die Umsetzung der UN-**Behindertenrechtskonvention**,

Deinstitutionalisierung, verbesserter **Gewaltschutz** für Menschen mit Behinderungen, **Evaluierung** von Gesetzen, mehr **Barrierefreiheit** im Web, aber auch das Recht auf analoge Ansprechpartner:innen.

Für viele dieser Themen sind jedoch die Bundesländer zuständig, die sich für die UN-Behindertenrechtskonvention oft nicht in der Verantwortung sehen. So wird vielerorts der Ausbau von **persönlicher Assistenz** als ‚nice to have‘ gesehen, und nicht als verbrieftes Recht – das geht zulasten der **Teilhabe** von Menschen mit Behinderungen.

Menschen mit Behinderungen haben auch ein **höheres Risiko**, von **Armut** betroffen zu sein. Die geplante sozialversicherungsrechtliche Absicherung für jene Personen, die die trotz ihrer Beeinträchtigung arbeiten können, aber nicht adäquat entlohnt werden – Stichwort „Lohn statt Taschengeld“ – wäre deshalb ein Meilenstein.

Was VertretungsNetz jedoch **Sorgen** bereitet:

Erhöhte Familienbeihilfe – Anrechnung auf die Sozialhilfe?

Gerlinde Heim: „Die erhöhte Familienbeihilfe für erwachsene Menschen mit Behinderungen ist eine ganz wichtige Leistung für den Lebensunterhalt. Sie entscheidet oft darüber, ob sich ein selbstbestimmtes Leben außerhalb einer Behinderteneinrichtung ausgeht oder nicht. Deshalb darf es hier auf keinen Fall zu Verschlechterungen kommen“.

Gleichzeitig braucht es dringend **Reformen und Reparaturen der Sozialhilfegesetze:**

„Erst kürzlich hat der Verwaltungsgerichtshof bestätigt, dass ein Sozialamt gesetzeskonform gehandelt hat, als es einem unserer Klienten die Sozialhilfe gestrichen hat. Warum? Weil dieser eine private Spende für ein Bett und einen Kühlschrank erhalten hat. Ich denke, das zeigt ganz deutlich, wie wenig das derzeitige Gesetz Härtefälle abfedert und Armut wirksam bekämpft.“

Niemand sollte lebenslang abhängig von den Eltern bleiben müssen.

„Derzeit bleiben Eltern ein Leben lang unterhaltspflichtig, wenn ihr Kind aufgrund einer Behinderung nicht selbsterhaltungsfähig wird. Wir fordern eine Begrenzung der Unterhaltspflicht auf das 25. Lebensjahr des Kindes. Viele – längst erwachsene – Menschen müssen finanziellen Unterhalt sogar gerichtlich bei den Eltern geltend machen. Das belastet Familienbeziehungen und beschämt Betroffene“.

Soziale Rechte

„Wichtige Zukunftsthemen wie soziale Sicherheit, Pflege und Wohnen sollte man nicht der Tagespolitik überlassen. Die Verfassung muss um soziale Menschenrechte erweitert werden, um diese Rechte wirksam abzusichern. Der Verfassungskonvent bietet die große Chance, das Thema jetzt anzugehen.“

Über VertretungsNetz

VertretungsNetz ist ein gesetzlich anerkannter Erwachsenenschutzverein. Wir unterstützen, beraten und vertreten Menschen mit psychischen oder intellektuellen Beeinträchtigungen – einerseits wenn es um eine Erwachsenenvertretung geht, andererseits, wenn ihre persönliche Freiheit auf psychiatrischen Stationen oder in Wohn- und Pflegeeinrichtungen eingeschränkt wird.

Rückfragen und Kontakt:

Mag.a Karina Lokosek, BA

VertretungsNetz – Öffentlichkeitsarbeit

T +43 1 330 46 00-63; M 0676/83308 8173

karina.lokosek@vertretungsnetz.at, www.vertretungsnetz.at